

Kordula Schulz-Asche, MdB

Engagement und Demokratie –

Die Rolle der Zivilgesellschaft im Wahlprogramm der Grünen

„Basis ist Boss“ war das Motto von Bündnis90/Die Grünen, als es um die Kür des Spitzenkandidatenpaars für die Bundestagswahl am 23. September 2017 ging. Und „Basis ist Boss“ hieß es auch beim Programmparteitag mit über 2.000 Änderungsanträgen. Im Ergebnis findet sich in fast allen Programmteilen die Betonung der zentralen Rolle der Zivilgesellschaft. Herzlichen Dank für die vielseitige Unterstützung und kritische Begleitung.

Nachfolgend werde ich einen Überblick über die wichtigsten Engagement-Themen darin geben.¹

So heißt es gleich in der Einleitung: *„Es gibt guten Grund für Mut und Zuversicht. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren ehrenamtlich geholfen, Menschen auf der Flucht Schutz und eine neue Heimat zu bieten. Ihnen gebührt unser ausdrücklicher Dank! Hunderttausende sind aufgestanden gegen eine neoliberale Handelspolitik, die Profite für Großkonzerne über das Wohl der Menschen und der Umwelt stellt. Überall arbeiten Unternehmer*innen und Forscher*innen an einem besseren Morgen. Eltern rackern sich ab, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Künstler*innen und Kreative bereichern unsere lebendige Gesellschaft und kulturelle Vielfalt mit ihren Ideen und durch spannende Innovationen. Viele engagieren sich gegen Diskriminierungen und für gleiche Rechte und Chancen. Diese Menschen sind unser Antrieb. Für sie und mit ihnen wollen und können wir vieles zum Guten bewegen.“* (8-9)

Anerkannt wird auch das *„klassische Ehrenamt“* und *„die vielen freiwilligen Mitglieder der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks sowie der Rettungs- und Sanitätsdienste. Im Rahmen des Bevölkerungsschutzes möchten wir das ehrenamtliche Engagement nachhaltig stärken und für moderne und zuverlässige Ausrüstung sorgen.“* (140)

Das Kapitel IV.2 ist ganz dem Engagement, Freiwilligendiensten und dem Schutz von Whistleblowern gewidmet. (149-150)

„Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Sie tragen im Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt:

¹ Die Zahlen hinter den Sätzen entsprechen den Seitenzahlen des Bundestagswahlprogramms von Bündnis90/Die Grünen: Zukunft wird aus Mut gemacht.

Es reicht von der Feuerwehr bis zur Geflüchteten und Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Es erstreckt sich vom Einsatz für Umwelt, Menschenrechte bis zum Kampf für globale Gerechtigkeit. Engagement braucht Unterstützung, zum Beispiel durch die Übernahme von Versicherungen, Qualifizierung und zertifizierte Weiterbildungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wollen wir mehr Geld im Bundeshaushalt für Fortbildungen und Supervision bereitstellen – damit Engagement nicht in Überforderung mündet! Wir wollen mit gezielter Information und Ansprache dafür sorgen, dass Angebote zum freiwilligen Engagement allen gesellschaftlichen Gruppen offenstehen.

Freiwilligendienste eröffnen jungen Menschen neue Horizonte. Wir wollen die Zahl der Freiwilligendienstplätze auf 200.000 erhöhen, um mehr jungen Menschen diese Möglichkeit zu eröffnen. Den Freiwilligen wollen wir ein persönliches Coaching mit Angeboten zur Berufsfindung, Ausbildung und Studienplanung anbieten. Im Dienst erworbene Kompetenzen sollen als Ausbildungs- oder Studienleistungen anerkannt werden können. Wer sich in hohem Maße neben der Schule ehrenamtlich für unsere Gesellschaft engagiert oder nach dem Schulabschluss ein Lebensjahr in den Freiwilligendienst steckt, dem möchten wir Danke sagen und eine Starthilfe von 1.500 Euro für den weiteren Weg ins Leben mitgeben. Manchmal ist Engagement auch unbequem und stellt kritische Fragen, aber es zeugt von einer lebendigen und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft.“ (149-150) Ziel ist es dabei, dass jede und jeder Jugendliche Möglichkeit und Anreiz erhalten soll, sich – freiwillig! – zu engagieren, die Blicke über die Familie und die Schule hinaus in die Gesellschaft zu öffnen.

An verschiedenen Stellen ist der **Rechtsrahmen von Engagement** Thema. So wird an mehreren Stellen, darunter auch in zwei Schlüsselprojekten, das Verbandsklagerecht angestrebt (Tierschutz (31), Rüstungsexporte (88), Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) (120), Entgeltgleichheitsgesetz (134)).

Dazu gehört auch ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht mit Rechtssicherheit und steuerlicher Gleichbehandlung verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure, eine Erweiterung des Katalogs von gemeinnützigen Zwecken um die Förderung von Frieden, Menschenrechten und Demokratie sowie verbesserten, klareren und einheitlichen Publikations- und Transparenzvorschriften. (148)

Und um die Risiken zu mindern, die Menschen eingehen, wenn sie Unrecht und Ungerechtigkeiten aufdecken, ist ein Whistleblower*innen-Schutzgesetz geplant. (150)

Im Rentenrecht soll die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für Ehrenämter neu geordnet werden. (200)

Einen großen Schwerpunkt im Programm gilt der **Demokratieförderung** – global, regional und lokal.

*„Demokratie ist weder selbstverständlich noch unveränderlich. Sie muss immer wieder neu erklärt und erkämpft werden, um die Menschen zu überzeugen und sie als Wähler*innen zurückzugewinnen. Sie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen, egal ob sie hier*

geboren oder eingewandert sind – die für ihre Werte, für ihre Rechte und die der Anderen einstehen. Sie braucht demokratische Institutionen, die für Beteiligung offen sind. Sie braucht ein starkes Parlament, eine unabhängige Justiz und freie und unabhängige Medien. Und lebendige Organisationen, die sich vielfältig einbringen, von Parteien über Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften bis hin zu NGOs, Stiftungen, Vereinen und Initiativen. Wir setzen auf einen starken, demokratischen Rechtsstaat, der unsere Freiheit sichert.“ (146)

Die „Politik des Gehörtwerdens“ wird unter dem Stichwort Open Government (147-148) mit verschiedensten Formen der Bürgerbeteiligung untermauert. Direkte Demokratie ist von jeher ein Anliegen der Grünen, dazu gehören auch Volksentscheide und natürlich das Wahlrecht ab 16, denn *„das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische Bildung motiviert junge Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Wer früh lernt, wählen zu gehen, setzt dies auch später fort und motiviert andere, auch zu wählen.“ (156)*

Weiter gehören zur Demokratieförderung eine ganze Reihe von Maßnahmen, wie das Demokratieförderungsgesetz (143), die Gemeinnützigkeit von nicht-kommerziellen Bürger*innenmedien (151) bis hin zur Europäischen Bürger*inneninitiative und europäischen Bürger*innenforen. Im Blick sind auch die erschwerten Arbeitsbedingungen von Nicht-Regierungsorganisationen weltweit. Um diese zu stärken, sollen an jeder deutschen Botschaft Menschenrechtsreferent*innen eingesetzt werden. (80) Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der zivilen Krisenprävention. (85)

Sehr viele Forderungen befassen sich mit Demokratie und **Internet**. Auch hier spielt wieder die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle, für starke Verbraucher*innenrechte aber auch gegen Massenüberwachung und uferloses Aufrüsten der Geheimdienste. (164) Nicht zuletzt gilt es, FakeNews, Rassismus und Mobbing im Netz zu entlarven. *„Ein freies, offenes und inklusives Netz lebt von der Einbindung und dem Engagement der Zivilgesellschaft.“ (167)*

Es werden aber auch die Zukunftschancen von Digitalisierung und Automatisierung gesehen, zum Beispiel als Chance der Reduzierung der Arbeitsbelastung oder der Ermöglichung anderweitigen Engagements. (228) Allerdings besteht hier noch viel gestaltender Handlungsbedarf.

Ein weiterer Schwerpunkt im Programm ist der Umgang mit **Geflüchteten** und **Integration**, bei der eine Vielzahl von Themen angesprochen wird, die im Wesentlichen die Stärkung und Unterstützung der Zivilgesellschaft zum Ziel haben. Deutlich wird auch hier, dass die Anerkennung des Engagements ihren Platz findet: *„Unser Land hat in einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben, vielen Menschen Zuflucht geboten. Wo einige Tausende gegen Geflüchtete gehetzt haben, haben Millionen Menschen geholfen und dadurch gezeigt, wie stark die Zivilgesellschaft in Deutschland ist.“ (98)* Ein längerer Abschnitt ist beispielsweise auch islamischen Religionsgemeinschaften gewidmet, ein Thema, das leider in anderen Wahlprogrammen fehlt.

Im engen Zusammenhang stand neben der Unterstützung der zu uns Geflüchteten für viele Helferinnen und Helfer die Bedrohung durch **Rechts** und der gemeinsame Kampf dagegen. Die umfassende Prävention ist eines der Schlüsselprojekte, für die sich die Grünen besonders einsetzen wollen. (141-144)

Als derzeitiges Mitglied im Gesundheitsausschuss freut es mich, dass die Patientenverbände und die **Selbsthilfe**, ein Härtefallfonds für Behandlungsfehler und eine wirklich unabhängige Patientenberatung einen besonderen Stellenwert einnehmen. Und zum Schluss: „**Ältere Menschen** haben viel beizutragen. Sie engagieren sich ehrenamtlich in Projekten. Sie tun das freiwillig, selbstbestimmt und mutig. Sie bauen Netzwerke auf und gründen Organisationen, mit denen sie wirkungsvoller handeln können.“ (210) Das ist ein Potential, das mutig in die Zukunft blicken lässt.

In dem Sinne hoffen wir gemeinsam, dass die 19. Legislaturperiode eine gute und starke für das Bürgerschaftliche Engagement wird – vielleicht sogar in einem eigenen Ausschuss des Bundestages.

Autorin

Kordula Schulz-Asche, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen, Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: kordula.schulz-asche@bundestag.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de